Kinderrechte in die Kärntner Landesverfassung!

Wir fordern…

- …die Implementierung der UN-Kinderrechtskonvention in die Kärntner Landesverfassung und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in der Gesetzgebung!

Im September 2009 wurde auf der Bundesebene die Aufnahme der Kinderrechte in die Bundesverfassung in Aussicht gestellt. Kinderrechte werden somit durchsetzbar. Auch das Land Kärnten soll Kinderrechte in die Kärntner Landesverfassung aufnehmen, um Kindern und Jugendlichen den ihnen zustehenden Schutz zu gewährleisten!

- … Nulltoleranz gegen jegliche Form von Gewalt, Vernachlässigung, Misshandlung und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen und ausreichend kinder- und jugendgerechte Hilfseinrichtungen (Recht auf Schutz vor Gewalt in der Familie)!

Trotz des gesetzlichen Gewaltverbots in der Erziehung und des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1989 sowie Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention sind Kinder und Jugendliche in Kärnten immer noch Gewalt in der Erziehung ausgesetzt. Nach einer Umfrage an 600 Kindern aus Kärnten haben über ein Drittel Watschen oder Kopfnüsse von ihren Eltern bekommen.

- … keine Streichung sondern Erhalt und Ausbau von Kinder- und Jugendtreffs (Recht auf Freizeit, Erholung und Spiel)!

Kürzlich wurde auf Grund von Sparmaßnahmen in Klagenfurt angekündigt, die Youthpoints schließen zu lassen. Sparen bei Kindern und Jugendlichen ist das falsche Signal für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen! Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, sich in entsprechenden Einrichtungen zu treffen und ihre Freizeit sinnvoll zu verbringen.

- … den Erhalt und die Ausweitung der personellen und finanziellen Ressourcen in der Jugendwohlfahrt! Außerdem fordern wir, dass Angebote in der Primär- und Sekundärprävention erhalten und ausgebaut, jedenfalls nicht eingespart werden (vor allem Gewaltpräventionsprojekte in Schulen!) (Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung)!

Gelder für Hilfsmaßnahmen an betroffene Familien oder Schulen fließen nur noch, wenn der „Hut brennt" oder der Hut schon abgebrannt ist. Es muss mehr Angebote geben, die vor einer Eskalation ansetzen!